

*C. Anlagen zum Angebotsschreiben*

*Vergabeverfahren*

*Verwertung von Bioabfall aus dem Landkreis Börde*

*Vergabenummer 2025-0010-EU-OV-G*

## **C            Anlagen zum Angebotsschreiben**

Für die Art der Vorlage der nachfolgend aufgeführten Formblätter und Angaben zu Nachweisen wird auf die abschließende Liste der einzureichenden Unterlagen in Ziffer 7.10.1 der Bewerbungsbedingungen (Teil A der Vergabe- und Vertragsunterlagen) verwiesen.

Weitergehende Darstellungen und Erläuterungen (z.B. zur angebotenen Verwertungskonzeption) stehen dem Bieter offen.

## C.1 Leistungsverzeichnis

Die nachfolgend angebotenen Preise umfassen sämtliche in der Leistungsbeschreibung (Teil D der Vergabeunterlagen) und den Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen) enthaltenen Leistungen. Weitere Aufwendungen werden dem AN nicht vergütet. Die Preise sind in Euro mit 2 Nachkommastellen, jeweils als Nettobeträge ohne Umsatzsteuer, anzugeben.

### C.1.1 Leistungsverzeichnis Los 1: Verwertung von Bioabfall aus der Biotonnensammlung (Biogut), Gebiet Nord

<b>Los 1</b>	<b>Verwertung von Bioabfall aus der Biotonnensammlung (Biogut), Gebiet Nord</b>
1.1	Verwertung von Biogut  ..... <b>€ pro Mg</b>

### C.1.2 Leistungsverzeichnis Los 2: Verwertung von Bioabfall aus der Biotonnensammlung (Biogut), Gebiet Süd

<b>Los 2</b>	<b>Verwertung von Bioabfall aus der Biotonnensammlung (Biogut), Gebiet Süd</b>
2.1	Verwertung von Biogut  ..... <b>€ pro Mg</b>

**C.1.3 Leistungsverzeichnis Los 3:  
Verwertung von Grünabfall, Gebiet Nord**

<b>Los 3</b>	<b>Verwertung von Grünabfall, Gebiet Nord</b>
3.1	Verwertung von krautigem Grünabfall von den Kleinannahmestellen  ..... <b>€ pro Mg</b>

**C.1.4 Leistungsverzeichnis Los 4:  
Verwertung von Grünabfall, Gebiet Süd**

<b>Los 4</b>	<b>Verwertung von Grünabfall, Gebiet Süd</b>
4.1	Verwertung von krautigem Grünabfall von den Kleinannahmestellen  ..... <b>€ pro Mg</b>
4.2	Verwertung von strauchigem Grünabfall von den Kleinannahmestellen  ..... <b>€ pro Mg</b>



## Formblatt C-2.2 Übersicht über den Bieter

Das Angebot erfolgt als:

1)	Einzelbewerber
1)	Bietergemeinschaft
1)	ggf. Name der Bietergemeinschaft:

1) Zutreffendes bitte ankreuzen

Status *)	Name des Unternehmens	Aufgabe im Rahmen der Leistungen **)

### \*) Status des Unternehmens:

- EB = Einzelbewerber
- BV = Bevollmächtigter Vertreter einer Bietergemeinschaft
- MB = Mitglied einer Bietergemeinschaft

### \*\* ) nur bei Bietergemeinschaften

### Formblatt C-2.3 Angaben zum Bieter

(bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft auszufüllen;  
 Formblatt erforderlichenfalls vervielfältigen)

#### 1. Aufgabe innerhalb des Vorhabens

(nur bei Bietergemeinschaften anzugeben)

--

#### 2. Vollständige Bezeichnung des Unternehmens

--

#### 3. Rechtsform des Unternehmens

--

#### 4. Firmenanschrift

Straße		Postfach	
PLZ		PLZ	
Ort			
Land			
Telefon		Telefax	
E-Mail			

#### 5. Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (netto)

Jahr	Gesamtumsatz in EUR (netto)	Umsätze bezüglich der Verwertung von Bioabfall in EUR (netto)

<b>6. Bilanzsumme der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (netto)</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Bilanzsumme in EUR (netto)</b>

<b>7. Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den letzten 3 Jahren</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Zahl der Beschäftigten</b>
<b>2022</b>	
<b>2023</b>	
<b>2024</b>	

### Formblatt C-2.4: Erklärung der Bietergemeinschaft

Die nachfolgend aufgeführten Unternehmen der Bietergemeinschaft bestehend aus:

dem Mitglied 1 und bevollmächtigten Vertreter	_____
dem Mitglied 2	_____
dem Mitglied 3	_____
dem Mitglied 4	_____

erklären,

- dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Bietergemeinschaft gegenüber der Kommunalservice Landkreis Börde AöR rechtsverbindlich vertritt,
- dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bietergemeinschaft zu handeln,
- dass der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft Zahlungen entgegenzunehmen.

<b>Ort</b>	_____
<b>Datum</b>	_____
<b>Unterschrift des Mitglieds 1</b>	_____
<b>Name des Unterschriftleistenden in Großbuchstaben</b>	_____
<b>Abdruck des Firmenstempels</b>	_____

<b>Ort</b>	_____
<b>Datum</b>	_____
<b>Unterschrift des Mitglieds 2</b>	_____
<b>Name des Unterschriftleistenden in Großbuchstaben</b>	_____
<b>Abdruck des Firmenstempels</b>	_____

<b>Ort</b>	_____
<b>Datum</b>	_____
<b>Unterschrift des Mitglieds 3</b>	_____
<b>Name des Unterschriftleistenden in Großbuchstaben</b>	_____
<b>Abdruck des Firmenstempels</b>	_____

<b>Ort</b>	_____
<b>Datum</b>	_____
<b>Unterschrift des Mitglieds 4</b>	_____
<b>Name des Unterschriftleistenden in Großbuchstaben</b>	_____
<b>Abdruck des Firmenstempels</b>	_____

---

## Formblatt C-2.5

Formblatt nicht besetzt

**Formblatt C-2.6: Referenzen des Bieters der letzten drei Jahre für  
vergleichbare Leistungen (Formblatt ggf. vervielfältigen)**

**Hinweis:** Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß  
Ziffer 7.10.2 der Bewerbungsbedingungen (Teil A der Vergabeunterlagen)

<b>Verwertung von Bioabfall aus kommunaler Biotonnensammlung (erforderlich für Los 1 und 2)</b>	
Bezeichnung des Bieters	
Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung	
Bezeichnung des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
auf Verlangen: zuständiger Ansprechpartner des Auftraggebers und dessen Telefonnummer	
Verwertete Abfallart (AVV-Nr.)	
Verwertete Abfallmenge pro Jahr	

<b>Verwertung von Bioabfall aus kommunaler Biotonnensammlung (erforderlich für Los 1 und 2)</b>	
Bezeichnung des Bieters	
Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung	
Bezeichnung des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
auf Verlangen: zuständiger Ansprechpartner des Auftraggebers und dessen Telefonnummer	
Verwertete Abfallart (AVV-Nr.)	
Verwertete Abfallmenge pro Jahr	

<b>Verwertung von Grünabfall (ausreichend bei Los 3 und 4)</b>	
Bezeichnung des Bieters	
Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung	
Bezeichnung des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
auf Verlangen: zuständiger Ansprechpartner des Auftraggebers und dessen Telefonnummer	
Verwertete Abfallart (AVV-Nr.)	
Verwertete Abfallmenge pro Jahr	

<b>Verwertung von Grünabfall (ausreichend bei Los 3 und 4)</b>	
Bezeichnung des Bieters	
Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung	
Bezeichnung des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
auf Verlangen: zuständiger Ansprechpartner des Auftraggebers und dessen Telefonnummer	
Verwertete Abfallart (AVV-Nr.)	
Verwertete Abfallmenge pro Jahr	

**Formblatt C-2.7 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen**

Los 1  Los 2  Los 3  Los 4 (Zutreffendes bitte ankreuzen)

(Formblatt ggf. vervielfältigen)

**Verpflichtungserklärung (ggf. bitte vervielfältigen)**

Uns, der

\_\_\_\_\_  
(Name und Adresse des sich verpflichtenden Unternehmens)

ist bekannt, dass sich

\_\_\_\_\_  
(Name des Bieters)

an dem Vergabeverfahren des AG zur Verwertung von Bioabfall aus dem Landkreis Börde als Bieter beteiligt.

Ich/ Wir verpflichte(n) uns, im Falle der Auftragsvergabe an o. g. Bieter diesen bei der Vorbereitung und Durchführung der vertraglichen Leistungen zu unterstützen und im Falle einer Auftragserteilung folgende Mittel zur Verfügung zu stellen (Eignungsleihe):

\_\_\_\_\_  
Dies wird wie folgt stattfinden:

\_\_\_\_\_  
 Da die Eignungsleihe die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit betrifft, erklären wir, dass wir mit dem Bieter für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift

**Formblatt C-2.8 Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der vergleichbaren Qualifikation\*) für die Leistung der Verwertung von Bioabfällen (AVV 20 01 08, AVV 20 02 01, AVV 20 03 01 04 – Abfälle aus der Biotonne, AVV 20 03 01 - getrennt erfasste Bioabfälle - oder AVV 20 03 99 - getrennt erfasste Bioabfälle)**

<b>Bezeichnung des Unternehmens</b>	
-------------------------------------	--

Hinweis: Es ist der Nachweis einzeln je Bieter und entweder nach lit. A, B oder C zu erbringen.

- A.)**  Der Bieter/ Unterauftragnehmer ist zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Zertifikat umfasst die für seinen vorgesehenen Leistungsbereich erforderlichen Tätigkeiten und Abfallarten. Der Nachweis ist beigelegt.
- B.)**  Der Bieter/ Unterauftragnehmer legt Nachweise einer gleichwertigen Qualifikation (z.B. Zertifikate aus anderen Mitgliedsstaaten der EU) bei.
- C.)**  Der Bieter/ Unterauftragnehmer ist **nicht** zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Zum Nachweis der gleichwertigen Qualifikation sind beigelegt:
1. Kurzdarstellung des betrieblichen Aufbaus (technische und personelle Kapazitäten, Organigramm),
  2. Versicherung der Fachkunde der für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs verantwortlichen Person, insbesondere ein Nachweis
    - über den Abschluss eines Hochschulstudiums in den Fachbereichen Ingenieurwesen, Chemie, Biologie oder Physik oder einem als gleichwertig einzustufenden Bereich

oder

    - über das Absolvieren einer kaufmännischen oder technischen Fachschul- oder Berufsausbildung

oder

    - die Qualifikation als Meister auf einem Fachgebiet, dem der Betrieb hinsichtlich seiner Betriebsvorgänge zuzuordnen ist
- und zusätzlich der Nachweis über während einer zweijährigen praktischen Tätigkeit erworbene Kenntnisse über die abfallwirtschaftliche Tätigkeit, für die die Leitungs- oder Beaufsichtigungsfunktion übertragen wurde.

---

\*) ggf. für mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft auszufüllen (ggf. Kopien anfertigen), für ein Mitglied der Bietergemeinschaft ausreichend

**Formblatt C-2.9: Benennung von Unterauftragnehmern  
für die zu erbringenden Leistungen**

Der Bieter erklärt, dass für die Erbringung von Leistungsbestandteilen der angebotenen Dienstleistung der Einsatz von Unterauftragnehmern vorgesehen ist und benennt, soweit bereits bekannt, die folgenden Unterauftragnehmer. Auf § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV wird hingewiesen.

Lieferanten gelten nicht als Unterauftragnehmer.

**Leistungsbereich des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Bezeichnung des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Adresse des Unterauftragnehmers**

**Leistungsbereich des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Bezeichnung des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Adresse des Unterauftragnehmers**

**Leistungsbereich des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Bezeichnung des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Adresse des Unterauftragnehmers**

**Leistungsbereich des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Bezeichnung des Unterauftragnehmers**

soweit bereits bekannt:

**Adresse des Unterauftragnehmers**

**Formblatt C-2.10 Unterauftragnehmererklärung (ggf. bitte vervielfältigen)**

**Los 1**  **Los 2**  **Los 3**  **Los 4** (Zutreffendes bitte ankreuzen)

(Formblatt ggf. vervielfältigen)

**Vergabeverfahren zur Verwertung von Bioabfall aus dem Landkreis Börde**

Wir, die

\_\_\_\_\_ (vollständige Bezeichnung des Unternehmens)

sind als Unterauftragnehmer der \_\_\_\_\_  
(Name des Bieters)

für die Leistung

\_\_\_\_\_ im Rahmen des obigen Vergabeverfahrens vorgesehen.

Unsere Firmenanschrift lautet:

Straße	_____	Postfach	_____
PLZ	_____	PLZ	_____
Ort	_____		
Land	_____		
Telefon	_____	Telefax	_____
E-Mail	_____		

Wir erklären hiermit verbindlich, dass wir für den Fall der Zuschlagserteilung an den o. g. Bieter bereit sind, die o. g. Leistungen im Unterauftrag des Bieters zu erbringen.

Des Weiteren geben wir die folgenden Erklärungen ab:

a) (nicht Zutreffendes bitte streichen) Wir versichern, dass

- keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt ist und dass gegen unser Unternehmen wegen der genannten Straftaten auch keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) festgesetzt worden ist;
- wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind.

(falls Vortext gestrichen, ggf. – sofern zutreffend –:)

- Wir sind unseren Verpflichtungen zwar zunächst nicht, jedoch nachträglich dadurch nachgekommen, dass wir

- die Zahlung vorgenommen haben,
  - uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben,
- wir in den letzten drei Jahren nicht
    - wegen eines Verstoßes nach § 23 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (AEntG) oder
    - wegen eines Verstoßes nach § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) mit einer Geldbuße von mindestens 2.500 € belegt wurden oder
    - wegen eines Verstoßes nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt wurdenund in diesem Zeitraum auch keine entsprechende schwerwiegende Verfehlung nach § 23 AEntG oder § 21 MiLoG oder § 21 SchwArbG begangen haben.
- b) Wir versichern, dass für unser Unternehmen keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vorliegen.

(falls Vortext gestrichen, ggf.):

- Für unser Unternehmen liegt der folgende fakultative Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB vor:

---

---

In Anlage\_ führen wir aus, warum unser Unternehmen u.E. dennoch nicht von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden sollte.

- c)  (bitte ankreuzen, falls zutreffend):

Für unser Unternehmen liegt zwar

- ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB
- ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 GWB vor.

Die rechtskräftige Verurteilung (§ 123 GWB) erfolgte bzw. das betroffene Ereignis (§ 124 GWB) fand statt am \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_.

In Anlage \_\_ legen wir Erklärungen und Nachweise über unsere Selbstreinigung nach § 125 GWB vor.

- d) Wir erklären, dass der Auftraggeber unter Wahrung der Vertraulichkeit unsere Angaben überprüfen und erforderlichenfalls ergänzende Unterlagen zur Leistungserbringung anfordern kann.
- e) Wir verpflichten uns, unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsausführung Entgelte zu gewähren, die mindestens dem vergabespezifischen Mindeststundenentgelt nach § 11 Abs. 3 TVergG LSA entsprechen.

Dieses beträgt derzeit 15,67 €.<sup>1</sup>

Für die Reichweite der Verpflichtung findet § 22 Abs. 1 bis 3 Mindestlohngesetz Anwendung.

- f) Wir verpflichten uns, unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens jene Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht, sowie deren Einhaltung sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en), Firmenstempel

Bitte Namen der Unterzeichnenden in Druckbuchstaben angeben sowie ggf. Angaben zur Vertretungsbefugnis machen.

<sup>1</sup> Die Höhe ab November 2025 hängt von den Ergebnissen der bevorstehenden Tarifrunden ab.

## **Formblatt C-2.11 Erklärung zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (§§ 11 und 14 Abs. 2 TVergG LSA) und zum Nachunternehmereinsatz (14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)**

### **1. Verpflichtung zur Zahlung eines Mindeststundenentgelts (§ 11 Abs. 3 TVergG LSA)**

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dass

meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsausführung Entgelte gewährt werden, die mindestens dem vergabespezifischen Mindeststundenentgelt nach § 11 Abs. 3 TVergG LSA entsprechen.

Dieses beträgt derzeit **15,67 €**.<sup>1</sup>

Für die Reichweite der Verpflichtung findet § 22 Abs. 1 bis 3 des Mindestlohngesetzes Anwendung.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Die Höhe ab November 2025 hängt von den Ergebnissen der bevorstehenden Tarifrunden ab.

<sup>2</sup> § 22 Abs. 1 bis 3 des Mindestlohngesetzes lauten:

(1) Dieses Gesetz gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Praktikantinnen und Praktikanten im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes gelten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes, es sei denn, dass sie

1. ein Praktikum verpflichtend auf Grund einer schulrechtlichen Bestimmung, einer Ausbildungsordnung, einer hochschulrechtlichen Bestimmung oder im Rahmen einer Ausbildung an einer gesetzlich geregelten Berufsakademie leisten,
2. ein Praktikum von bis zu drei Monaten zur Orientierung für eine Berufsausbildung oder für die Aufnahme eines Studiums leisten,
3. ein Praktikum von bis zu drei Monaten begleitend zu einer Berufs- oder Hochschulausbildung leisten, wenn nicht zuvor ein solches Praktikumsverhältnis mit demselben Auszubildenden bestanden hat, oder
4. an einer Einstiegsqualifizierung nach § 54a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder an einer Berufsausbildungsvorbereitung nach §§ 68 bis 70 des Berufsbildungsgesetzes teilnehmen.

Praktikantin oder Praktikant ist unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses, wer sich nach der tatsächlichen Ausgestaltung und Durchführung des Vertragsverhältnisses für eine begrenzte Dauer zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Erfahrungen einer bestimmten betrieblichen Tätigkeit zur Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit unterzieht, ohne dass es sich dabei um eine Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder um eine damit vergleichbare praktische Ausbildung handelt.

- (2) Personen im Sinne von § 2 Absatz 1 und 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes ohne abgeschlossene Berufsausbildung gelten nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes.
- (3) Von diesem Gesetz nicht geregelt wird die Vergütung von zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten sowie ehrenamtlich Tätigen.

## **2. Nachunternehmer und/oder Verleiher (§ 14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)**

Im Falle der Beauftragung von Nachunternehmern und/oder Verleihern verpflichte ich mich/verpflichten wir uns gemäß § 11 Abs. 5 und § 14 Abs. 2 des TVergG LSA,

- a. mit meinen/unseren Nachunternehmern und/oder Verleihern deren Verpflichtung nach Ziff. 1 unter Verwendung des Formblattes „Unterauftragnehmererklärung“ zu vereinbaren

und

- b. meinen/unseren Nachunternehmern und/oder Verleihern aufzuerlegen, den von ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens jene Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht, sowie deren Einhaltung sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. (§ 14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA – Formblatt „Unterauftragnehmererklärung“)
- c. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns nach § 14 Abs. 4 des TVergG LSA für den Fall des Nachunternehmereinsatzes,
  1. bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen zu beteiligen, soweit es mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags zu vereinbaren ist,
  2. Nachunternehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt,
  3. bei der Weitergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B) und bei der Weitergabe von Dienstleistungen Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) zum Vertragsbestandteil zu machen und
  4. den Nachunternehmern keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem öffentlichen Auftraggeber vereinbart sind.

## **3. Verpflichtung zur Entgeltgleichheit**

Ich erkläre/Wir erklären, dass meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsdurchführung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt gezahlt wird.

#### **4. Kontrollen**

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dem Auftraggeber auf dessen Verlangen nach § 17 Abs. 1 TVergG LSA meine/unsere Entgeltabrechnungen und die Entgeltabrechnungen des Nachauftragnehmers sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 TVergG und die zwischen mir/uns und Nachunternehmern abgeschlossenen Werkverträge vorzulegen.

Meine/unsere Arbeitnehmer und die meiner/unserer Nachunternehmer werden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

Mir/uns und meinen/unseren Nachunternehmer ist bekannt, dass ich/wir vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben.

Dies gilt entsprechend für Verleiher, deren Arbeitnehmer ich/wir oder unsere Nachunternehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags einsetzen.

#### **5. Ausschluss des Angebots/Sanktionen**

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass die Nichtabgabe oder verspätete Abgabe oder die Abgabe einer unvollständigen oder ersichtlich falschen Erklärung oder sowohl durch mich/uns, als auch meiner/unserer Nachunternehmer zum Ausschluss des Bieters während des laufenden Vergabeverfahrens nach § 8 Abs. 4 TVergG LSA führt bzw. nach § 8 Abs. 5 TVergG LSA i. V. m. § 16 TVergG LSA führen kann.

Wir verpflichten uns, für jeden schuldhaften Verstoß gegen eine der in den Ziffern 1, 2 a und 4 genannten Vertragspflichten eine Vertragsstrafe von bis zu 5 % des Auftragswertes zu zahlen. Dies gilt auch, wenn der Verstoß durch einen von uns eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass wir den Verstoß weder kannten noch kennen mussten. Bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 5 % des Auftragswerts nicht überschreiten.

Die schuldhafte Verletzung einer der in Ziffer 1, 2 a. oder 4 genannten Vertragspflichten durch uns oder unsere Unterauftragnehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags.

### **C.3 Weitere Angaben und Nachweise des Bieters**

**Nachweis C.3.1:** Für die fachliche und technische Beurteilung der Eignung hat der Bieter folgende Sachverhalte darzulegen:

- a) Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens, insbesondere Bezeichnung und Beschreibung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistungen erbracht werden sollen, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.
- b) Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Gewährleistung der Qualität der Leistungserbringung.

**Nachweis C.3.2:** Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung unter Benennung folgender Aspekte:

- a) Beschreibung des vorgesehenen Verwertungs- bzw. Logistikkonzeptes für die zu übernehmenden Abfälle. Bei mehrstufigen Verwertungskonzepten ist jede vorgesehene Stufe des Verwertungs- und Logistikkonzeptes zu beschreiben.
- b) **Nur Los 1 und Los 2:** Erläuterung der Einhaltung der Anforderungen der TA Luft ab dem 01.12.2026.
- c) Ausdruck eines Luftbildes (google-maps o.ä.) des Standortes der vorgesehenen Übernahmestelle und Kennzeichnung des Standortes der Waage bzw. des Zufahrtstors, wenn keine Waage vorhanden ist. Sofern ein abweichender Standort der Waage benannt wird (z.B. auf einem anderen Betriebsteil oder bei einem Partnerunternehmen) so ist auch Luftbild des Standortes der zu nutzenden Waage mit Kennzeichnung der Waage vorzulegen.

**Formblatt C-3-A:** Anlagenkennblatt der vorgesehenen Verwertungsanlage(n)/  
Umschlaganlage(n):

Bezeichnung der Anlage und Angaben zu

- Standort,
- Betreiber,
- Verwertungsverfahren,
- Genehmigungsstand,
- genehmigten Abfallarten,
- Fahrzeugwaage,
- Gesamtkapazität.

Sind vom Bieter mehrere Anlagen vorgesehen, so ist das Formblatt C-3-A entsprechend zu vervielfältigen und für jede Anlage gesondert abzugeben.

**Nur Los 1 und Los 2, Verwertung von Biogut**

**Formblatt C-3-B: Darstellung der Verwertungsverfahren in den vorgesehenen Verwertungsanlagen**

Darstellung des für jede vorgesehene Anlage zutreffenden Verwertungsverfahrens und Darstellung des prozentualen Anteils des (ggf. in einem bestimmten Teilvertragszeitraum) in der jeweiligen Anlage zu verwertenden auftragsgegenständlichen Bioguts.

Sofern für dieselbe Anlage im Vertragszeitraum eine Änderung des verfahrenstechnischen Prinzips erfolgt (z.B. Umbau offene Mietenkompostierung zu geschlossener Mietenkompostierung), so ist das Formblatt bitte zweimal auszufüllen

**Hinweis: Die Nichteinhaltung des zugesicherten Verwertungs-niveaus im Vertragsverlauf führt zu Vergütungsabzug nach näherer Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen**

**Die Vergabestelle wird im Rahmen der Angebotsprüfung erforderlichenfalls weitere Nachweise und Erklärungen fordern. Näheres hierzu ist unter Ziffer 7.10 Nr. VIII d der Bewerbungsbedingungen ausgeführt.**

**Formblatt C-3-A: Anlagenkennblatt der vorgesehenen Verwertungsanlage/  
Umschlaganlage**

Los 1     Los 2     Los 3     Los 4

(Zutreffendes bitte ankreuzen, Formblatt ggf. vervielfältigen)

<b>Name der der Anlage, bei Los 1 und 2 bitte auch Kurzbezeichnung gemäß Spalte 2 in Formblatt C-3-B:</b>	
<hr/>	
Standort der Anlage (Anschrift)	
Betreiber der Anlage (Anschrift)	
Beschreibung des Verwertungsverfahrens (z.B. Vergärung, geschlos- sene Hauptrotte, offene Nachrotte, für Los 1 und Los 2: Kurzbezeichnung ge- mäß Formblatt C-3-B: V 1, V 2 oder V 3 bzw. K 1, K 2 oder K 3)	
Betriebsgenehmigung/ Genehmigungsstand/ Genehmigungsdatum	
Genehmigte Abfallarten	
Gesamtkapazität der Anlage	
Geeichte Fahrzeugwaage vorhanden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Standort der Waage, wenn nicht am Anlagenstandort	
Soll die nächstgelegene Waage des AG genutzt werden?	<input type="checkbox"/> ja, und zwar ist dies die Waage am Standort: <input type="checkbox"/> WMS <input type="checkbox"/> OC <input type="checkbox"/> WZL <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> zur Bedeutung der Kurzbezeichnungen siehe Ziffer D.0.2.9 der Leistungsbeschreibung

**Formblatt C-3-B: Für Los 1 und Los 2: Darstellung der Verwertungsverfahren in den vorgesehenen Verwertungsanlagen**

Bitte für jede vorgesehene Anlage zutreffendes Verwertungsverfahren ankreuzen und den prozentualen Anteil des (ggf. in einem bestimmten Teilvertragszeitraum) in der jeweiligen Anlage zu verwertenden auftragsgegenständlichen Bioguts angeben.

**Los 1**       **Los 2**

Zeitraum		<input type="checkbox"/> Gesamter Vertragszeitraum <input type="checkbox"/> Teilvertragszeitraum von _____ bis _____ (bitte ankreuzen)						Anteil der in der Anlage zu verwertenden Bioabfallmenge  %
Anlage Nr.	Kurzbezeichnung der Anlage	Art der Verwertung						
		Vergärungsverfahren (V)			Kompostierungsverfahren (K)			
		1 mit geschlossener Nachrotte der Gärreste	2 mit offener Nachrotte der Gärreste	3 ohne Nachrotte der Gärreste, mit direkter Gärresteaustragung	1 mit geschlossener Haupt- und Nachrotte	2 mit geschlossener Haupt- und offener Nachrotte	3 mit offener Haupt- und Nachrotte	
Nr. 1		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Nr. 2		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Nr. 3		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Nr. 4		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
<b>Summe</b>								<b>100 %</b>

## **Handelsregisterauszug / Versicherungsnachweis**

- Anliegend ist der Handelsregisterauszug nicht älter als 12 Monate beigefügt.
- Anliegend ist der Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung beigefügt.

### **Auf Verlangen:**

- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist)
- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind – nicht älter als 12 Monate)
- aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft
- Genehmigungsunterlagen bezüglich der in Formblatt C-3-A benannten Anlagen, Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte
- Formblatt Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Russland-Sanktionen)

**Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU)  
Nr. 833/2014 (Russland-Sanktionen)**

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

**Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:**

**Verwertung von Bioabfall aus dem Landkreis Börde**

**Geschäftszeichen des Auftraggebers: 2025-0010-EU-OV-G**

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):**

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014<sup>1</sup> des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

**genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das unmittelbare oder mittelbare Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

---

**Ort, Datum**

---

**Aussteller/in**

---

<sup>1</sup> Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der aktuellen Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2024/745 des Rates vom 25. Februar 2025 lautet wie folgt:**

*(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

*a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*

*b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*

*c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln,*

*einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

*(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

*a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*

*b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*

*c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*

*d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder*

*e) soweit nicht nach Artikel 3 m oder 3 n verboten - den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.*

*(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*

*(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*